

Am 31. Oktober 1989 unterbreitete die Regierung dem Landtag den Bericht und Antrag betreffend die Mitgliedschaft Liechtensteins in der UNO. Der Landtag stimmte in der Sitzung vom 13./14. Dezember dem Beitritt zu. Dies geschah im Hinblick auf die Behandlung des Aufnahmegesuchs durch die UNO-Gremien im September 1990. Der Beitritt selbst wurde dann am 18. September 1990 vollzogen, in Anwesenheit von Regierungschef Hans Brunhart, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und einer Delegation des Landtags. Schon kurz nach dem UNO-Beitritt besuchte vom 4.–6. Juni 1991 UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar Liechtenstein. Am 26. September 1991 sprach Fürst Hans-Adam II. vor der UNO zum Selbstbestimmungsrecht im Zusammenhang mit der Liechtensteinischen Initiative zu diesem Thema.

Liechtenstein trat 1990 auch der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung als Gründungsmitglied bei. Die Regierung sah dies als einen logischen und richtigen Schritt im Rahmen ihrer Politik zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit und Solidarität. Erster Gouverneur für Liechtenstein war viele Jahre Dr. Egmond Frommelt, sein Stellvertreter bis heute ist der Autor des vorliegenden Beitrags.<sup>47</sup>

Ein wichtiges Anliegen war Hans Brunhart immer auch der Zugang von liechtensteinischen Studierenden zu Universitäten im Ausland. So erfolgte 1991 der Beitritt zu sechs internationalen Übereinkommen im Bildungsbereich.

Am 18. Oktober 1989 stirbt Fürstin Gina, am 13. November Fürst Franz Josef II.

Erstmals seit 1974, also erstmals seit 19 Jahren, wird im Mai 1993 eine liechtensteinische Regierung ohne Hans Brunhart als Regierungsmitglied eingesetzt. Die VU hat die Landtagswahlen 1993 verloren, die FBP die Mehrheit errungen, ist aber auf einen Koalitionspartner angewiesen. «Das Volk hat sich für eine demokratische Erneuerung entschieden»<sup>48</sup>, titelte das *Liechtensteiner Volksblatt* vom 8. Februar, das *Liechtensteiner Vaterland* nahm die Wahlniederlage der VU nüchtern zur Kenntnis: «Nach vier hintereinander gewonnenen Landtagswahlen vermochte die VU die Wahl von 1993 nicht mehr für sich zu entscheiden.»<sup>49</sup>

---

47 Nachher waren die jeweiligen Inhaber des Ressorts Wirtschaft Gouverneur für Liechtenstein.

48 *Liechtenstein 1988–1998*, S. 125.

49 Ebenda.